

Klimaschutz ist Handarbeit!



Foto: Stephanie Handtmann

Inhalt

Hintergrund

- »Deutsche Wohnen enteignen« – 2 –
- EBI-Kampagne – 3 –
- Klimabewegung – 4 –
- Mindestbesteuerung – 5 –
- IAA und Rechtsstaatlichkeit – 8 –

Kalender

Rückblick– 6/7 –

Aktiv

»Wer zahlt?« – 9 –

Portrait

Menschen in Attac – 10 –

Kiosk

Neu im Webshop – 11 –

Der Klimawandel ist öffentliches Thema, und in Umfragen hält eine große Mehrheit der Menschen grundlegende gesellschaftliche Veränderungen für nötig. Das ist das Verdienst der – jungen – Klimagerechtigkeitsbewegung der letzten Jahre. Im Wahlverhalten bei der Bundestagswahl drückte sich dies jedoch nur unzureichend aus. Die Konsequenz wird jetzt eine Regierung sein, die keines der anstehenden Probleme ausreichend lösen wird. Klima soll marktgerecht geschützt werden, also mit den Mitteln, die die Klimakatastrophe erst hervorgebracht haben. Ökonomie schlägt so Ökologie. Halbtote Privatisierungsmodelle wie Public Private Partnerships (PPP), die Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Unternehmen, drohen wiederbelebt zu werden. An Kapital auf der Suche nach Renditen mangelt es dabei nicht.

Genau diesem Kapital müssen aber Macht und Ressourcen entzogen werden. Umverteilung

von oben nach unten ist nötig, um vernachlässigte Gemeinwohlaufgaben zu finanzieren und soziale Sicherheit zu schaffen. Sonst werden Menschen mit geringerem Einkommen einen konsequenten sozial-ökologischen Umbau nicht mitgehen. Die notwendige Umverteilung wird durch Steuertabus und dem Festhalten an der »schwarzen Null« nun verunmöglicht – allen Bekenntnissen zum Trotz.

Von der »Ampel« ist nicht viel zu erwarten, aber auch global kommt Klimagerechtigkeit nach den folgenlosen Auftritten der politischen Eliten bei G20 und COP26 nicht voran. In dieser Situation braucht es eine Beratung über Umsetzungsperspektiven unter den Teilen der internationalen Zivilgesellschaft, die diesen Stillstand nicht mehr hinnehmen.

Für echten sozial-ökologischen Umbau müssen wir weiter auf die Straße gehen – und dabei einige unserer Bündnispartner*innen von zu viel Rücksichtnahme gegenüber SPD

und Grünen abhalten müssen. »Klimaschutz ist Handarbeit« bedeutet zum Beispiel aktuell, die Aktivist*innen zu unterstützen, die in Lützerath im rheinischen Braunkohlrevier den weiteren Abriss von Häusern gegen die Profitgier des Energiekonzerns RWE verhindern.

Politische Intervention braucht dabei ein Verständnis von Zusammenhängen. Geopolitische Machtverschiebungen, die schwindende Bedeutung multilateraler Institutionen, eine digitale Plattformökonomie mit neuen Playern und einiges mehr haben die Welt unübersichtlicher gemacht. Auf dem Attac-Ratschlag Ende Oktober ist deshalb das Projekt »Globalisierungskritik neu denken und Attac zukunftsfähig machen« gestartet. Erste Erkenntnis: Unsere Grundannahmen aus dem Jahr 2000 stimmen noch, aber wir müssen einiges aktualisieren – um weiter das Richtige zu tun und attraktiv zu bleiben, gerade für jüngere Menschen.

Etappensieg von »Deutsche Wohnen & Co enteignen«

Wohnen soll nicht länger Ware sein!

Die Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« hat den Volksentscheid zur Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne deutlich gewonnen. Mehr als eine Million Berliner*innen haben sich am 26. September für eine am Gemeinwohl und nicht an den Profitinteressen der Wohnungskonzerne orientierte Wohnungspolitik in Berlin ausgesprochen. Darüber haben wir mit Theresa Walther, Aktivistin der Berliner Initiative, gesprochen.

Theresa, wie erklärt ihr euch euren Erfolg?

Wir Berliner Mieter*innen haben den Volksentscheid wegen der katastrophalen Lage im Mietbereich gestartet. Das Ergebnis ist für uns nicht überraschend, denn mehr als 80 Prozent der Berliner*innen wohnen zur Miete und wollen nicht länger, dass mit ihren Mieten Profit gemacht wird. Wir waren in allen Bezirken präsent, haben zehntausende Gespräche geführt und dabei über viele tägliche Kämpfe gesprochen. Wir kennen unsere Kieze und sie uns. Daraus ist eine unfassbare Solidarität entstanden. Nur Vergesellschaftung schafft langfristig bezahlbaren Wohnraum. Das haben wir Berliner*innen verstanden, und dafür haben wir auch gestimmt.

Was kommt jetzt auf euch zu? Was, glaubt ihr, wird der neue Senat tun?

Jetzt muss der Volksentscheid so schnell wie möglich umgesetzt werden. Wir haben im Mai 2021 einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der als Grundlage dienen kann. Dieser Entwurf wird in Fachkreisen gelobt. Im rot-grün-roten Sondierungspapier für den neuen Berliner Senat ist allerdings nur von einer Expert*innenkommission die Rede, die Möglichkeiten der Umsetzung prüfen und Empfehlungen an den Senat geben soll. Das halten wir für eine Verschleppungsstrategie. Die juristische Prüfung hat ja schon stattgefunden, unter anderem durch die wissenschaftlichen Dienste von Abgeordnetenhaus und Bundestag. Sonst hätte der Volksentscheid gar nicht stattfinden können.

Wir werden nicht zulassen, dass der Volksentscheid der öffentlichen Wahrnehmung entzogen wird. Wir sind weiter auf der Straße, in den Häusern, in den Sozialen Medien präsent und werden die Koalitionsverhandlungen als demokratisches Gewissen begleiten. Der Volksentscheid hat mehr demokratische Legitimation als jede Partei, und der Versuch, ihn zu verschleppen, offenbart ein fragwürdiges Demokratieverständnis.



Foto: attac.de

Ihr habt einen Entwurf zu einem Vergesellschaftungsgesetz vorgelegt. Kannst du das erläutern?

Es wurde mit dem Volksentscheid nicht über ein Gesetz, sondern über einen Beschlusstext entschieden, der den Senat auffordert, alle Maßnahmen zur Vergesellschaftung der Wohnungsbestände großer profitorientierter Wohnungsunternehmen einzuleiten. Das haben wir gemacht, um den Volksentscheid nicht an kleinen juristischen Fehlern scheitern zu lassen. Den Gesetzesentwurf haben wir im Mai veröffentlicht, damit vor der Wahl konstruktive Diskussionen entstehen. SPD und Grüne sind darauf nicht eingegangen. Wenn der neue Senat es mit der Beteiligung der Initiative an der Expert*innenkommission ernst meint, muss er den Gesetzesentwurf als Diskussionsgrundlage annehmen. Es geht nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie. Das Ziel eines Vergesellschaftungsgesetzes muss im Koalitionsvertrag festgeschrieben und mit einem konkreten Zeitplan versehen werden.

Ihr bezieht euch auf §15 des Grundgesetzes, nachdem Vergesellschaftung möglich ist. Gibt es für euch noch andere Anwendungsbereiche, und welche Rolle spielt die Eigentumsfrage insgesamt für die nötige sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft?

Nach §15 GG können Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel vergesellschaftet werden. Die Klima- und Corona-

krise zeigen, dass das mehr als notwendig ist. Profitorientierte Konzerne sind nicht an einer sozial-ökologischen Energieversorgung oder an bestmöglicher Gesundheitsversorgung für alle interessiert. Für beides gilt daher das Gleiche wie für unsere Wohnungen: Keine Profite erwirtschaften, sondern gemeinsam demokratisch über sie bestimmen. Das diskutieren wir auch in unseren Kiezteams und Kampagnenstrukturen. Selbstverständlich haben wir uns mit der Berliner Krankenhausbewegung solidarisiert.

Berlin ist keine Insel, die Mieten sind überall zu hoch. Wie sind eure Kontakte zu anderen Initiativen? Gibt es gemeinsame Perspektiven?

Es kommen immer wieder Leute, die Handwerkszeug für eigene Initiativen kennenlernen wollen. In der Sammelphase haben wir ein bundesweites DWE-Camp veranstaltet, bei dem wir unter anderem »How to Sammel«-Workshops und Argumentationstrainings angeboten haben. Seit der Wahl kommen Vernetzungsanfragen aus aller Welt, zum Beispiel aus Katalonien, Schottland und Italien. In Hamburg hat sich ein eigenes Enteignungsbündnis gegründet. Wir heißen alle Bewegungen willkommen und freuen uns über jedes Hindernis, das wir für Gleichgesinnte aus dem Weg räumen können.

Interview: Achim Heier

dwenteignen.de

Europäische Bürgerinitiative (EBI)

Bedingungslose Grundeinkommen überall in der EU



Video: attac.de

Die bundesweite Attac-Arbeitsgruppe »Genug für alle« beteiligt sich an der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) »Bedingungslose Grundeinkommen überall in der EU«. Diese fordert die EU-Kommission auf, Vorschläge für bedingungslose Grundeinkommen überall in der EU vorzulegen, um die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den Mitgliedsstaaten zu verringern. Das klingt nach wenig und auch etwas kompliziert und ist doch ganz viel und ganz einfach:

- Eine »Europäische Bürgerinitiative« ist eine Art Petition, mit der die EU-Kommission aufgefordert wird, tätig zu werden. Das Instrument wurde eingeführt, weil in der Entstehungsgeschichte der EU die Mitbestimmung durch die Bürger*innen irgendwie »vergessen« wurde. Selbst das Europäische Parlament hat weniger Rechte als nationale Parlamente üblicherweise haben. Mit der EBI kann dieses Defizit nicht geheilt werden, aber sie ist ein Instrument, das gehörigen Druck entfalten kann. So wurde zum Beispiel die EBI »Wasser ist Menschenrecht – right2water« 2012/2013 von fast zwei Millionen Menschen unterstützt und trug erheblich dazu bei, die Privatisierungstendenzen zurückzudrängen. Jüngst war die EBI »Save Bees And Farmers« mit 1,2 Millionen Unterschriften erfolgreich. Beide hatte auch Attac unterstützt.

- Sozialpolitik gehört bisher nicht zu den Aufgaben der Europäischen Union, wohl aber Wirtschaftspolitik. Das führt dazu, dass zwar Angriffe auf die sozialen Lebensbedingungen der Menschen von der EU-Ebene ausgehen können, ihre Abwehr aber nicht. Für die EBI bedeutet es, dass sie nur zulässig ist, wenn sie keine sozialpolitischen Forderungen stellt. Mit der »Verringerung der wirtschaftlichen Ungleichheit« hat die EBI zum bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) einen Weg gefunden, diese Beschränkung zu umgehen.
- Denn eine solche wirtschaftliche Angleichung kann nur erfolgreich sein, wenn sie auch sozialpolitisch wirkt. Wir fordern deshalb kein einheitliches bedingungsloses Grundeinkommen in der EU, sondern im Plural »bedingungslose Grundeinkommen«. BGEs sollen je nach der spezifischen Situation in den einzelnen Ländern so eingerichtet werden, dass sie die soziale Situation der meisten Menschen verbessern. Statt weiterhin die Interessen von Konzernen und Investor*innen zu bedienen, würde eine solche Wirtschaftspolitik Teile des Reichtums denen zurückgeben, die ihn produziert haben.

Das sind bislang Gedankenschritte. Sicher werden nach einer erfolgreichen EBI in der EU nicht bedingungslose Grundeinkommen ein-

geführt. Die Unterstützer*innen der EBI erwarten aber, dass eine erfolgreiche EBI EU-weit zu einer veränderten Debatte über soziale Sicherheit führt. Erstmals wäre damit auf EU-Ebene der Anspruch auf soziale Sicherheit für alle so formuliert worden, dass darauf eine Antwort gegeben werden müsste.

Eine erfolgreiche EBI muss nämlich von der Kommission und dem Parlament angehört und beantwortet werden. Schon früher hatte das Parlament das BGE als mögliche Maßnahme zur Armutsbekämpfung ins Spiel gebracht, allerdings ohne dass daraus größere Aktivität resultierte. Die Anhörung einer erfolgreichen EBI zu bedingungslosen Grundeinkommen könnten und würden grundeinkommensfreundliche Abgeordnete aber nutzen, um verstärkt für den Vorschlag zu werben und Öffentlichkeit zu schaffen. Das europäische BGE-Netzwerk »Unconditional Basic Income Europe« (UBIE) ist 2013 aus einer ersten EBI zum BGE hervorgegangen und hat seither intensive Gesprächskontakte mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments aufgebaut. Die Strukturen für eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit sind also da.

Erfolgreich ist eine EBI, wenn sie in sieben EU-Mitgliedsländern ein festgesetztes Quorum erreicht und EU-weit eine Million Unterschriften erhält. Das ist ein hohes Ziel, und die allermeisten EBIs sind daran gescheitert. Aber im Erfolgsfall bedeutet das, dass tatsächlich sehr viele Menschen in zahlreichen EU-Ländern für das Thema sensibilisiert wurden und ihnen die entsprechende Forderung bekannt wurde. Sie alle haben ein Interesse daran, dass es nicht mit ihrer Unterschrift getan ist, sondern der Prozess weitergeht.

In der EU sind in 25 der 27 Mitgliedsländer EBI-Bündnisse für das BGE aktiv. In Deutschland arbeiten mehr als 30 Organisationen daran mit, neben der Attac-AG »Genug für alle« und dem Netzwerk Grundeinkommen unter anderen »Mein Grundeinkommen«, die parteinahen BGE-Netzwerke und eine ganze Reihe Jugendverbände. Die aktuelle EBI wurde zu Redaktionsschluss bereits von fast 160.000 Menschen unterzeichnet. Unterzeichnet werden kann mit wenigen Klicks direkt unter www.ebi-grundeinkommen.de. Es besteht eine gute Chance, dass bis Mitte nächsten Jahres die erforderliche Zahl der Unterschriften erreicht wird!

Werner Rätz, Attac-AG Genug für alle

Klimabewegung nimmt Fahrt auf

Alles muss man selber machen!



Foto: Ulla Kellerwessel

Aus Perspektive der Klimabewegung ist das Ergebnis der Bundestagswahl ernüchternd, und auch der Blick auf die Sondierungsgespräche eher skeptisch. Diese stimmen wenig positiv, dass sich eine klimafreundliche Politik mit der Ampelkoalition durchsetzen wird. Fast alarmierend sind zum Beispiel Nachrichten zu Plänen für eine Zerschlagung der Bahn, denn nur eine integrierte Bahn, bei der Netz und Betrieb nicht voneinander getrennt sind und die in beiden Bereichen mit wenig CO₂-Ausstoß sehr viel Verkehr von der Straße auf die Schienen verlagert, ist klimaneutral. Auch wurde in den Gesprächen bislang darin übereingekommen, dass es keine Steuererhöhungen geben soll – eine Entwicklung hin zu einer sozial-ökologischen Transformation aber bringt Kosten mit sich, die nur mit einer angemessenen Besteuerung der Vermögenswerten geschultert werden können.

Was die Ampelkoalition an dringend gebotenen Veränderungen zum Wohl des Klimas umsetzen wird, können wir erst beurteilen, wenn der Koalitionsvertrag steht. Aber sicher ist, dass gute Vorsätze und die bis jetzt diskutierten Maßnahmen nicht ausreichen werden, um Deutschland klimaneutral zu machen und auf den 1,5-Grad-Pfad zu führen.

Auch der weichgespülte »Blabla«-Abschluss des G20-Treffens in Rom, zeigt nur einmal mehr, dass die politischen Führungskräfte allenfalls zu Lippenbekenntnissen bereit sind,

sich aber zu richtungsweisen Entschlüssen für das Klima nicht durchringen wollen.

Und auch der gerade beendete Klimagipfel COP 26 in Glasgow verwies nur auf die Unfähigkeit der Politik, Lösungen ernsthaft voranzutreiben. Wissenschaftliche Erkenntnisse und darauf aufbauende Lösungen werden zwar gehört, aber nicht umgesetzt. Konzerninteressen und Gewinne scheinen weiterhin wichtiger, als unsere Erde den nachfolgenden Generationen als lebenswerten Ort zu erhalten.

Umso notwendiger bleibt deshalb der politische Druck der Klimabewegung. Dabei ist es neben allem Pessimismus in Hinblick auf Regierungspolitik ein hoffnungsvolles Zeichen, dass die Bewegung 2021 trotz anhaltender Coronabedingungen gewaltig an Fahrt aufgenommen hat, auch innerhalb von Attac. So erfolgte bereits im Frühjahr gemeinsam mit anderen Akteur*innen aus der Vernetzung »Mobilitätswende« der Aufruf zu dezentralen Aktionstagen im Juni unter dem Motto »Sozial- und Klimagerechte Mobilitätswende jetzt: Autobahnbau stoppen!« und brachte Aktive in über 70 Städten auf die Straße, in fast 20 Städten unterstützt von Attac-Regionalgruppen. Sie forderten unter anderem, in den öffentlichen Nahverkehr statt in den Ausbau von Autobahnen zu investieren.

Wenn Deutschland sein 1,5-Grad-Ziel erreichen soll, muss der weitere Abbau von Braunkohle gestoppt werden. Deshalb kämpfen

Ende Gelände, Alle Dörfer bleiben und auch Attac für den Erhalt des Dorfes Lützerath. Das kleine Dorf am Rande des Braunkohletagebaus Garzweiler trotzt immer noch dem Energiekonzern RWE. Im Juni fand hier mit Unterstützung von Attac der erste Teil des RWE-Tribunals statt, gefolgt von regelmäßigen Aktionen, die letzte eine Demonstration Ende Oktober. Das zweite Tribunal wurde in Essen, dem Sitz der RWE-Zentrale, abgehalten. Engagement in Lützerath ist weiterhin nötig: Im Januar 2022 wird in der Frage der Zwangsenteignung des widerständigen Bauern Heukamp ein Urteil gefällt, von dem abhängt, ob der Tagebau weitergehen wird oder nicht.

Während der Internationalen Automobilausstellung IAA stand München im September im Fokus der Klimabewegung. Attac war vielfältig in die Gegenveranstaltungen involviert und konnte deutliche Akzente setzen. So nutzten viele Besucher*innen vor Ort die Gelegenheit, sich beim KonTraIAA, dem Gegenkongress für transformative Mobilität, über zukunftsfähige, sozial- und klimagerechte Alternativen zu informieren. Das Greenwashing der IAA, das wurde in der Protestwoche deutlich, funktioniert 2021 nicht mehr, und dass allein der Umstieg auf E-Autos keine Lösung ist, hat sich längst herumgesprochen. Die abschließende Großdemo mit Fahrradsternfahrt brachte noch einmal beeindruckende rund 25.000 Menschen gegen die Autoindustrie auf die Straße. Auch wenn die Autoindustrie es (noch) nicht wahrhaben will: Car is over!

Das stärkste Signal für die Erwartungen der Klimabewegung an eine künftige Regierung setzten schließlich die dezentralen Demonstrationen am 24. September, zu denen das Bündnis Klimastreik aufgerufen hatte. Über 600.000 Menschen, darunter zahlreiche Attac-ies, gingen in über 470 Orten zum Klimastreik auf die Straße.

Die nächsten vier Jahre sind richtungsweisend, für mehr Klimapolitik brauchen wir eine starke Klimabewegung! Auch im kommenden Jahr, mit einer anderen Regierung, müssen wir unseren Protest auf die Straße tragen, aufzeigen was wirklich wichtig ist und was dringend umgesetzt werden muss, damit sich etwas bewegt!

Sonja Taubert ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac und der Attac-Arbeitsgemeinschaft Energie Klima Umwelt (EKU-AG).

Reformpläne der OECD zur internationalen Unternehmensbesteuerung

Revolution oder nur viel Lärm um wenig?

Am 1. Juli hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Reformpläne zur internationalen Unternehmensbesteuerung vorgelegt, die von den Staatengruppen G7 und G20 abgesegnet wurden. Sie stoßen auf sehr unterschiedliche Reaktionen.

Während das Bundesfinanzministerium von »einer echten Revolution der internationalen Besteuerung von Unternehmen«¹ spricht, beurteilen bekannte Steuerprofessoren wie Ulrich Schreiber und Christoph Spengel die Regelungen als »unter öffentlichem Druck eingeschlagener Irrweg der internationalen Steuerpolitik«².

Auch bei den Nichtregierungsorganisationen, die sich mit Steuerpolitik befassen, gibt es unterschiedliche Einschätzungen. Insbesondere wird kritisiert, dass die Länder des Globalen Südens kaum in die Verhandlungen eingebunden waren und ihre Interessen nicht berücksichtigt wurden. Dagegen begrüßen Vertreter des Tax Justice Network die Regelung als Einstieg in die Gesamtkonzernsteuer und eine globale Mindeststeuer.

Hintergrund ist, dass die OECD im Rahmen des BEPS-Projekts (Base Erosion and Profit Shifting) gegen Steuervermeidung nach acht Jahren Verhandlungen ein Reformpaket vorgelegt hat, das aus zwei Komponenten besteht.

Die in der ersten Komponente vorgesehene Besteuerung von Gewinnen in Absatzmärkten betrifft nur die wenigen Unternehmen, deren weltweiter Umsatz über 20 Milliarden Euro im Jahr liegt und deren Konzerngewinn mehr als zehn Prozent beträgt. Bei diesen Unternehmen sollen Gewinnanteile über zehn Prozent zu einem Viertel in den Staaten besteuert werden, wo die Produkte oder Dienstleistungen vermarktet werden. Weltweit wird mit einem Gewinnanteil von weniger als 100 Milliarden Euro gerechnet, der von den Marktstaaten so besteuert werden kann. Diese Regelung, die im Wesentlichen auf die Digitalkonzerne zielt, bleibt weit hinter den Erwartungen der EU-Staaten mit großen Absatzmärkten wie Frankreich und Deutschland zurück.

Die zweite Komponente ist eine Mindestbesteuerung durch die Heimatstaaten der Konzerne. Mit ihr soll die Steuerkonkurrenz der Staaten begrenzt werden durch eine Mindestbesteuerung von 15 Prozent der Gewinne. Besteuert ein Land den Unternehmensgewinn mit weniger als 15 Prozent, hat nach dieser Regel der Staat, in dem sich der Unternehmenssitz befindet, das Recht, eine Nachversteuerung dieser Gewinne



Foto: Sascha Bachmann

bis 15 Prozent vorzunehmen. Dass eventuell in einem weiteren Staat der dortige Unternehmensgewinn mit mehr als 15 Prozent besteuert wurde, bleibt dabei unberücksichtigt.

Die Mindestbesteuerung soll für alle Unternehmen zur Anwendung kommen, deren weltweiter Umsatz mindestens 750 Millionen Euro beträgt. Die Annahmen gehen von rund 8000 betroffenen Unternehmen aus, und die OECD erwartet Steuer Mehreinnahmen von 150 Milliarden US-Dollar.

Der Mindeststeuersatz von 15 Prozent ist völlig unzureichend. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen hatten 29 Prozent gefordert, und auch die US-Regierung hatte Anfang des Jahres noch mindestens 21 Prozent angestrebt. Der nun vereinbarte Steuersatz überschreitet kaum die Steuersätze von Steueroasen wie zum Beispiel Irland mit 12,5 Prozent. Auch damit bleiben die zu erwartenden Steuer Mehreinnahmen weit hinter den Erwartungen zurück. Die Enttäuschung und Kritik der Länder des Globalen Südens und der zivilgesellschaftlichen Organisation ist deshalb groß und berechtigt. Aber warum sprechen dann andere von Steuerrevolution?

Die erste Komponente ist ein grundlegend neuer Ansatz. Auch wenn diese neue Steuerquelle vorerst nur wenig Ertrag bringt, befürchten die Vertreter*innen der bisherigen Prinzipien, dass damit ein Dammbreach einhergeht, der die gesamte internationale Steuerarchitektur ins Wanken bringen kann.

Auch die zweite Komponente stellt einen revolutionären Ansatz dar. Die Firmensitzstaaten können durch ihr neues Recht auf Nachversteuerung in die Steuerpolitik anderer Staaten eingreifen. Kein Land wird gezwungen, eine Mindeststeuer einzuführen. Andere Länder werden aber ermächtigt, ihre Steuerhoheit auszuweiten, um eine Mindestbesteuerung der Gewinne in jedem Land, in dem »ihr« multinationales Unternehmen tätig ist, sicherzustellen. Dies verringert den Anreiz der Gewinnverschiebung in Steueroasen. Auch Versuche, über niedrige Steuersätze Werksansiedlungen anzuziehen, werden konterkariert.

Bei der Bewertung ist also zu unterscheiden: Eine multilaterale Vereinbarung ist in Zeiten des »My country first« höchst selten. Die unseligen bilateralen Doppelbesteuerungsabkommen bekommen ein Gegengewicht. Trotzdem ist diese Vereinbarung nur ein halber Schritt. Vor dem ganzen Schritt, hin zu der von Attac geforderten Gesamtkonzernbesteuerung mit angemessenen Steuersätzen, ist man zurückgeschreckt. Es gilt also, weder über das schlechte Ergebnis zu jammern, noch die revolutionären Schritte zu bejubeln, sondern diese Öffnungen zu Kenntnis zu nehmen und weiter für eine gerechte Unternehmensbesteuerung zu kämpfen.

Alfred Eibl ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac und aktiv in der Attac-AG Finanzmärkte und Steuern.

¹ BMF, Monatsbericht Juli 2021

² Der Betrieb 2021-Heft 43



IAA in München, Stop Greenwashing, Foto: Stephanie Handtmann



IAA in München, Gegenkongress #KonTra IAA, Foto: attac.de

Rückblick

25. August 2021

Gemeinwohl stärken – Lobbytransparenz schaffen

Mit einem Appell an die Parteien im Bundestagswahlkampf fordert Attac in einem breiten Bündnis strengere Lobbyregeln. Im Interesse des Gemeinwohls muss der Einfluss finanzkräftiger Interessen begrenzt werden.

8. September 2021

Stop Greenwashing: Aktion an Mercedes-Zentrale in München

Attac-Aktivist*innen bemalen die Fensterscheiben der zentralen Mercedes-Niederlassung in München mit grüner Farbe. Darauf schreiben sie »Car is over« und »Stop Greenwashing!«. Denn die IAA in München bietet den Autokonzernen eine grüne Bühne, um sich klimafreundlich zu präsentieren. Dahinter geht das schmutzige Geschäft mit SUVs und anderen Klimakillern weiter.

9. und 10. September

#KonTra IAA: Gegenkongress diskutiert neue Wege

Hunderte Menschen diskutieren beim KonTra IAA zwei Tage lang darüber, wie die klimagerechte Mobilitätswende zu gestalten und durchzusetzen ist. Attac hat den viel beachteten Gegenkongress zur IAA im Münchner Kulturzentrum Feierwerk maßgeblich organisiert.

9. September 2021

Attac-Beschäftigte grundlos in Gewahrsam genommen

Drei Attac-Mitarbeiter*innen werden während der IAA in München für zwölf Stunden in Polizeigewahrsam genommen, weil in dem Auto, in dem sie unterwegs waren, Sprühkreide und ein Banner gefunden werden. Eine Person wird

unrechtmäßig ermittlungsdienstlich behandelt, die Hostel-Zimmer aller drei werden durchsucht.

10. September 2021

Ziviler Ungehorsam ist Sand im Getriebe der IAA

Trotz massiver Repressalien gelangen in ganz München viele Aktionen zivilen Ungehorsams, mit denen Gruppen und Einzelpersonen, darunter Aktive von »Junges Attac«, Sand ins Getriebe der IAA streuen.

10. September 2021

Attac kritisiert rechtsstaatsfreie Zone in München

Attac protestiert scharf gegen die rechtsstaatsfreie Zone, in die München während der IAA verwandelt wird. Protest wird systematisch behindert, Teilnehmer*innen werden eingeschüchtert und wegen Kleinigkeiten in Gewahrsam genommen. Gegen friedlich Demonstrierende werden Schlagstöcke und Pfefferspray eingesetzt.

11. September 2021

Aussteigen: 25.000 demonstrieren für echte Mobilitätswende

25.000 demonstrieren in München während der IAA mit einer Fahrrad-Sternfahrt und Fußgängerdemo für eine echte Mobilitätswende. Unter dem Motto #aussteigen fordern sie die Abkehr von der autodominierten Verkehrspolitik. Dem breiten Demo-Bündnis gehört auch Attac an.

23. September 2021

Netzwerk veröffentlicht Jahrbuch Steuergerechtigkeit 2021

Im deutschen Steuersystem gibt es eine Gerechtigkeitslücke von mindestens 75 bis 100 Milliarden Euro. Das zeigt das aktuelle Jahrbuch des Netzwerks Steuergerechtigkeit, in dem Attac mitarbeitet.

24. September 2021:

Globaler Klimastreik in mehr als 470 Städten

Zwei Tage vor der Bundestagswahl gehen mehr als 620.000 Menschen, darunter viele Attac-Aktive, in ganz Deutschland auf die Straßen und machen noch einmal deutlich: Klimagerechtigkeit steht auf keinem Wahlzettel, sie muss auf der Straße erkämpft werden.

26. September 2021

Volksentscheid »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« erfolgreich

Die Initiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« gewinnt den Volksentscheid zur Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne deutlich. Der Etappensieg bestärkt auch Attac in seiner Forderung, große Wohnungskonzerne zu vergesellschaften.

1. Oktober 2021

Lützerath: Brennpunkt der Klimagerechtigkeitsbewegung

RWE ist entschlossen, Lützerath zu zerstören, um den Braunkohletagebau Garzweiler zu erweitern. Zum Rodungsbeginn setzen sich Aktivist*innen schützend vor Bäume, Häuser und Wiesen.

8. bis 10. Oktober:

Aktionstage #MobilitätswendeJetzt

Zwei Wochen nach der Bundestagswahl geht es darum, Druck auf die neue Regierung zu machen, eine radikale Mobilitätswende einzuleiten. Attac beteiligt sich an den dezentralen Aktionstagen.

13. Oktober 2021

Europäisches Attac-Netzwerk verurteilt Impfstoff-Patente

In einer Erklärung verurteilt das Europäische Attac-Netzwerk die Blockade der EU gegen die Freigabe von Patenten auf Covid-19-Impfstoffe scharf: Die europäischen Regierungen



Socfin-Studie, Kautschuk-Plantage von Socfin in Liberia, Foto: Brot für alle



Reichtum besteuern, Aktionen vor den Parteizentralen, Foto: Stephanie Handtmann

spielten in der Pandemie »eine beschämende Rolle bei der Ausweitung der Ungleichheit, die an eine koloniale und rassistische Politik erinnert«.

20. bis 29. Oktober 2021

»Gerechtigkeit Jetzt!« – Aktionstage und Kongress

Als Reaktion auf das Sondierungsergebnis der Ampel-Koalition fordert ein breites Aktionsbündnis in Berlin »Gerechtigkeit Jetzt!«. Attac ist vor allem auf dem dazugehörigen Kongress aktiv.

20. Oktober 2021

Züge statt Flüge: Carla Reemtsma, Robin Wood und Attac starten Petition

14 Organisationen, darunter Attac, fordern ein sofortiges Verbot von Ultrakurzstreckenflügen und den Ausbau des Bahnverkehrs. Zeitgleich starten Robin Wood, Attac und Carla Reemtsma die Petition »Züge statt Flüge«.

zuege-statt-fluege.org

22. Oktober 2021

20.000 fordern in Berlin die »Klimakoalition jetzt!«

20.000 Menschen fordern beim zentralen Klimastreik von Fridays for Future in Berlin eine »Klimakoalition jetzt!«. Attac unterstützt in einem breiten Bündnis den Protest.

22. Oktober 2021

Studie belegt Steueroptimierung auf Kosten der Ärmsten

So geht Steueroptimierung auf Kosten der Ärmsten: Der Luxemburger Agrarkonzern Socfin schöpft Gewinne aus der Rohstoffproduktion in den Herstellungsländern ab und verschiebt sie in die Schweiz. Ein Bericht von Brot für alle und Alliance Sud aus der Schweiz sowie dem deutschen Netzwerk Steuergerechtigkeit, in dem Attac mitarbeitet, zeigt, wie diese Gewinnverschiebung genau funktioniert.

24. Oktober 2021

Attac fordert Schutz von Whistleblower*innen

Beim Herbststratschlag verabschieden die Attac-Aktiven eine Erklärung, mit der sie Regeln für den weltweiten Schutz von Whistleblowerinnen und kritischen Journalist*innen fordern.

27. Oktober 2021

Reichtum besteuern: Aktionen vor Parteizentralen in Berlin

Mit Aktionen vor den Parteizentralen von SPD und Grünen in Berlin fordert Attac beide Parteien auf, die Besteuerung von Reichtum in den Koalitionsverhandlungen durchzusetzen. Das Aktionsmotto »Es geht ums Ganze! Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz: nur mit Vermögenssteuer« ist angelehnt an die TV-Show »Geh aufs Ganze«.

31. Oktober 2021

Demo und Dorfspaziergang in Lützerath

Seit über einem Jahr kämpfen Aktivist*innen in Lützerath an der Kante des Tagebaus Garzweiler im Rheinland gegen die Zerstörung des Dorfes. Mit einer Demo am Vorabend der geplanten Räumungen setzen sie sich dafür ein, dass #Lützerathbleibt.

2. November 2021

Heiße Luft bei G20 erhöht Erderwärmung

Das G20-Treffen in Rom zeigt zum wiederholten Mal, dass die größten Volkswirtschaften weiter konsequente Maßnahmen zur Verhinderung des Klimakollapses scheuen. Die Absichtserklärungen sind eine Bankrotterklärung derjenigen Staaten, die für 80 Prozent der CO²-Emissionen verantwortlich sind.

31. Oktober bis 12. November 2021

UN-Klimagipfel in Glasgow

Allem Protest zum Trotz endet der UN-Klimagipfel COP26 in Glasgow erneut mit weitgehend unverbindlichen Erklärungen. Es bleibt dabei: Klimaschutz ist Handarbeit.

8. November 2021

Bahn-Zerschlagung würde die Klimabahn verhindern

Die angehende Ampel-Koalition verhandelt über die Zerschlagung der Deutschen Bahn. Attac und andere stellen klar: Für die Mobilitätswende taugt keine weitgehend privatisierte Bahn, gebraucht wird eine demokratisch gesteuerte Bahn, die Menschen und Güter auf die Schiene bringt: die Klimabahn.

Ausblick

22. Januar 2022

Demo »Wir haben es satt!« in Berlin

Blockadepolitik beenden – Neustart Agrarpolitik jetzt! Das ist die Forderung der »Wir haben es satt!«- Demonstration in Berlin, zu der ein breites Bündnis, dem Attac angehört, nach Berlin mobilisiert. Damit die neue Bundesregierung den Neustart in der Landwirtschaft anpackt, braucht es starken Druck von der Straße.

19. Februar 2022

Strategiekonferenz der Mobilitätswende-Bewegung in Kassel

Vertreter*innen der Mobilitätswende-Bewegung kommen in Kassel zu einer Strategiekonferenz zusammen. Gemeinsam diskutieren die Delegierten mögliche Strategien, Synergien und Herausforderungen.

8. März 2022

Attac beteiligt sich am FLINTA*-Streik

Save the date: Noch steht nicht fest, wie und wo, aber so viel ist klar: Attac beteiligt sich am Frauentag am feministischen FLINTA*-Streik. Eine bessere Welt ist nicht möglich ohne gleichberechtigte Teilhabe von Frauen* und anderen diskriminierten Menschen.

Termine unter: attac.de/veranstaltungen

Repression und Rechtsbrüche zur Verhinderung von Protest

Demokratie in Gefahr?



Foto: Stephanie Handtmann

München im September: Während der Internationalen Automobilausstellung (IAA) hält die Polizei einen Transporter an und durchsucht ihn. Gefunden werden orangefarbene Maleranzüge und abwaschbare Kreidefarbe. Messerscharf wird ein Zusammenhang mit einer Aktion am Vorabend kombiniert; dort hatten Attacies aus Protest gegen das Greenwashing der IAA das Schaufenster eines großen Autohauses mit grüner Kreidefarbe besprüht, Slogans und Logos angebracht. Auch das Attac-Logo war dabei – an den Urheber*innen der Aktion bestand also nie ein Zweifel. Warum auch? Attac steht öffentlich zu seinen Aktionen. Darüber hinaus ist Kreidesprühen keine Sachbeschädigung, also auch keine Straftat.

Dennoch werden alle drei Mitfahrenden in Gewahrsam genommen und stundenlang festgehalten, bevor sie anwaltliche Unterstützung bekommen dürfen. Ihre Hostel-Zimmer werden durchsucht. Ihre Mobiltelefone werden durchforstet. Papiere, Adressen, Kleidungsstücke, Filmaufnahmen werden beschlagnahmt. Erst in den späten Abendstunden kommen die Festgehaltenen frei. Das alles ohne begründeten Anfangs-

verdacht einer Straftat: in München während der Protestwoche ganz normal.

Mehrere Aktivist*innen wurden direkt im Anschluss an Abseilaktionen an Autobahnen in Präventivhaft genommen – um sie davon abzuhalten, an weiteren Protesten teilzunehmen, an denen sie vielleicht hätten teilnehmen wollen, und die vielleicht hätten illegal sein können. Mehrere Protestzüge, die vom Camp aus in der Stadt demonstrieren wollten, wurden am Verlassen des Geländes gehindert oder kurz nach Verlassen des Geländes anlasslos zusammengedrängt und mit Pfefferspray traktiert. Mit völlig unangemessener Härte wurde gegen Aktivist*innen im Block von »Sand im Getriebe« vorgegangen, weil sie während der gemeinsamen Demo zwei Bäume bestiegen hatten, um ein Transparent zu befestigen. Der Block selbst wurde eingekesselt und vom Rest der Demo getrennt. Und selbst der maßgeblich von Attac mitveranstaltete Gegenkongress KontraIAA bekam täglich mehrfach Besuch von der Polizei – um mal »nach dem Rechten zu sehen«. Absurder Höhepunkt war schließlich, dass der »Autosaurus«, ein Attac-Aktivist, der als Auto-Dinosaurier

Bayern hat in den letzten Jahren eine »Vorreiterrolle« beim Trend der Polizeirechtsreformen gespielt und das bayrische Polizeiaufgabengesetz (PAG) in drei Schritten erheblich verschärft. Zunächst wurden im Jahr 2016 Geflüchtetenunterkünfte pauschal zu gefährlichen Orten erklärt, wodurch Identitätsfeststellungen und Durchsuchungen erleichtert wurden. Im Jahr darauf wurde die zeitliche Begrenzung des Präventivgewahrsams aufgehoben und die Polizei bekam die Befugnis, Kontaktverbote und Aufenthaltsgebote zu verhängen. Zudem wurde die Kategorie der »drohenden Gefahr« eingeführt, welche die Zugriffsmöglichkeiten der Polizei erheblich ins Tatvorfeld verschiebt. Eine dritte Gesetzesnovelle im Jahr 2018 erweiterte die Zugriffsrechte und Spielräume der Polizei erneut enorm. Sie beinhaltet die Möglichkeit des Einsatzes von V-Leuten, Drohnen und Body-Cams sowie erweiterte Befugnisse für DNA-Analysen und Online-Durchsuchungen. Obwohl die Reformen von massivem Protest begleitet wurden und diverse Verfassungsklagen laufen, sind die meisten Bestimmungen bis heute in Kraft. Aufgrund des öffentlichen Drucks wurden zwar 2021 einige kleinere Änderungen vorgenommen, etwa eine Höchstdauer für den Präventivgewahrsam (wieder-)eingeführt. Gleichzeitig beinhaltet sogar das als Entschärfung verhandelte Änderungsgesetz mit der »Zuverlässigkeitsprüfung« erneut eine Ausweitung polizeilicher Befugnisse. Der Widerstand gegen das PAG und den Ausbau polizeilicher Befugnisse bleibt nicht nur in Bayern notwendig.

verkleidet im Attac-Block bei der Demo mitlief, vorübergehend in Gewahrsam genommen wurde, eine »Gefährderansprache« erhielt und die Auflage, bis zum Ende der IAA keine Dinosauriermaske in München mehr zu tragen; gegen ihn wurde ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Vermummungsverbot eröffnet.

Diese Form der Repression hat Methode und zielt darauf ab, Proteste auf lange Sicht grundsätzlich zu verhindern. Sie kostet die Aktivist*innen Zeit, behindert die Infrastruktur der Proteste, schüchtert ein, zieht Akteur*innen vom Protest ab und führt nicht zuletzt durch beschlagnahmte Mobiltelefone, Film- und Fotomaterial oder Unterlagen zu Datensammlungen über politische Zusammenhänge. Stellt sich im Anschluss heraus, dass das Vorgehen der Polizei rechtswidrig war, kann die Löschung der gespeicherten Daten bei der Polizei nur mit einem aufwändigen Verfahren erzwungen werden.

Denn rechtswidrig ist das Vorgehen der Polizei bei solchen Gelegenheiten oft. Systematisch überschreitet sie ihre Kompetenzen, bewegt sich am Rand des Erlaubten und häufig genug darüber hinaus. Doch das wird immer erst im

Krisenkosten gerecht verteilen

Mit der Bundesanstalt für Vermögensabgabe

Anschluss festgestellt – sei es, dass die Präventivhaft für die Aktivist*innen bei der IAA rechtswidrig war, die unverhältnismäßige Härte der Einsätze bei G20 in Hamburg durch nachweislich gezielt von der Polizei verbreitete Fake-News rechtfertigt wurde oder dass Polizeigewalt im Hambacher Wald nicht rechtens war. Das Ziel dieses Vorgehens, die Proteste massiv zu behindern und öffentlich zu diskreditieren, ist längst erreicht, bis seine Rechtswidrigkeit festgestellt wird – wenn es überhaupt dazu kommt. In den meisten Fällen wird noch nicht einmal ermittelt, wie im Fall der Polizisten, die sich als »Agents Provocateurs« erwiesenermaßen in einen Block der »Welcome To Hell«-Demo in Hamburg gemischt hatten.

Besonders dramatisch aus rechtsstaatlicher Sicht sind diese systematischen Grenzüberschreitungen, wenn sich die politisch Verantwortlichen des Werkzeugs Polizei bedienen, um mit autoritären Maßnahmen privatwirtschaftliche Interessen durchzusetzen. Es häufen sich Ereignissen wie die im Nachhinein als rechtswidrig bestätigte Räumung des Hambacher Walds im Interesse des Energiekonzerns RWE oder die massiven Polizeieinsätze in München im Interesse der Autoindustrie. Wenn private Profitinteressen und die Verhinderung von Protesten höher gewichtet werden als das grundgesetzlich verankerte Versammlungsrecht, ist die Demokratie bedroht. Dass schon die Möglichkeit politischen Protests ständig erkämpft werden muss, ist ein großer Schritt weg von einer pluralistischen Gesellschaft, hin zu einem autoritären Staat. Diesen Trend gilt es zu verhindern, nicht nur im Kampf gegen die Ausdehnung polizeilicher Befugnisse, wie sie in verschiedenen Bundesländern bereits umgesetzt wurde (siehe Kasten). Ohne eine Polizeikontrollkommission ähnlich der IPPC in England, die unabhängig von Regierung und Polizei ermittelt, werden Rechtsbrüche durch die Polizei weiterhin an der Tagesordnung sein. Und so lange es keine empfindlichen Konsequenzen nach sich zieht, wenn Einsätze im Nachhinein als rechtswidrig bestätigt werden, werden Politik und Polizei diese Einsätze weiterhin nutzen, um Protest im Keim zu ersticken. Das wirksamste Mittel zur Verteidigung demokratischer Grundrechte bleibt aber, sie sich gegen alle Widerstände weiterhin zu nehmen. Die Rechnung »je mehr Repression, desto weniger Protest« darf nicht aufgehen. Wir kommen wieder, und zwar erst recht!

Jule Axmann ist Öffentlichkeitsreferentin im Attac-Büro.



Foto: Lidija Delovska

Da staunte die Security des Hamburger Luxus-hotels »The Fontenay« nicht schlecht: Am 19. August 2021 wurde das Hotel von der »Bundesanstalt für Vermögensabgabe« gepfändet, weil der Besitzer, Milliardär Klaus-Michael Kühne, keine Vermögensabgabe zahlen will. Die Familie Kühne hat ihr Familienvermögen zu einem relevanten Teil aus der Logistik der Shoah in Westeuropa gewonnen und ihre Firma aus Steuergründen lieber in die Schweiz verlegt.

Große Vermögen, sehr hohe Einkommen, Erbschaften und Schenkungen tragen unangemessen und viel zu wenig zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Um die Corona-Krise und die sozial-ökologische Transformation zu finanzieren, sind eine ganze Reihe steuerlicher Maßnahmen notwendig – vor allem eine angemessene Besteuerung großer Vermögen. Deshalb hat Attac unter anderem die Bundesanstalt für Vermögensabgabe erfunden. Mit einer gefälschten Regierungskampagne unter dem Motto »Die Stärksten packen an!« wird die Forderung nach einer Vermögensabgabe nicht nur im Netz unter www.bafva.de verbre-

tet. Auch mit großformatigen Plakaten in mehreren Städten klärt die angebliche Behörde die Bürger*innen über die Vorteile einer Abgabe auf große Vermögen auf.

Eine solche Behörde ist überfällig, zeigt sich doch, dass es Vermögenden unverändert gut gelingt, ihr Geld unter dem Radar von Steueroase zu Steueroase zu verschieben, um sich vor einer angemessenen Beteiligung an der Finanzierung des Gemeinwesens zu drücken. Das Steueroasen-Leak »Pandora-Papers« bestätigte den Zweifel an der Ernsthaftigkeit der politischen Institutionen, Steuerschlupflöcher zu schließen. Trotz vollmundiger Bekundungen von Seiten der Bundesregierung, der EU, der G7 oder der OECD bleiben die bisherigen Maßnahmen nur Stückwerk. Die Offenlegung realer Vermögensbesitzer*innen, die bislang auch von der Bundesregierung verhindert wird, ist Grundvoraussetzung für eine gerechte Besteuerung großer Vermögen. Und die braucht es, wenn es eine sozial gerechte Antwort auf die Frage geben soll, wer für Krisenkosten und die Kosten eines sozial-ökologischen Umbaus aufkommt!

Menschen in Attac

Da kann noch viel gehen!



Fotos: attac.de

Milena, 24, studiert im Masterstudiengang »Gender, Intersektionalität und Politik« in Berlin. Sie ist aktiv in Junges Attac und Teil des Moderationsteams des »Erneuerungsprojekts« von Attac Deutschland.

Milena, wie bist du bei Attac gelandet?

Zu Attac bin ich über mein Praktikum im Bundesbüro im Herbst 2020 gekommen. Dort habe ich dann die Attac-Strukturen besser kennengelernt. Im Anschluss an das Praktikum habe ich mich im Arbeitskreis zur Erstellung von Bildungsmaterialien eingebracht. Vor allem habe ich mich aber hin zu Junges Attac orientiert und dort viel Social-Media-Arbeit mitgemacht, Aktionen vor Ort gestartet und an den Videokonferenzen der Gruppe teilgenommen.

Grundsätzlich engagiere ich mich, weil für mich soziale Gerechtigkeit, Feminismus, Klimagerechtigkeit und Antifaschismus wichtige Themen sind, zu denen ich mich in den letzten Jahren auch schon in anderen Zusammenhängen eingebracht habe. Bei Attac fand ich cool, dass diese grundsätzliche Kritik am neoliberalen kapitalistischen Wirtschaftssystem immer als Fundament für viele andere Themenkomplexe dient, auf dem die weiterführende Kritik dann aufgebaut werden kann. Dadurch lassen sich größere Zusammenhänge herstellen. Ich habe in diesem Ansatz viel Potenzial gesehen, sich einzubringen und Themen weiter auszubauen – wie zum Beispiel die Forderung nach Klimagerechtigkeit enger mit Wirtschaftskritik zu verknüpfen.

Glaubst du, dass die Komplexität dieser Zusammenhänge vielleicht auf junge Menschen eher abschreckend wirkt?

Ich glaube nicht, dass das der Grund ist, warum Attac sich an manchen Stellen schwertut, junge Leute anzuziehen. Viele junge Menschen verstehen sich als antikapitalistisch und kritisieren die neoliberale Globalisierung. Trotzdem engagieren sie sich lieber in antifaschistischen Bewegungen oder für Klimagerechtigkeit. Es liegt vielleicht eher daran, dass viele Attac-Zusammenhänge ein höheres Durchschnittsalter haben, nicht so aktionsorientiert sind und es deshalb für Jüngere schwer ist, einen Zugang zu finden. Das fällt in jüngeren Bewegungen leichter, die in manchen Bereichen auch einfach progressiver sind. Deshalb braucht es meiner Meinung nach sowohl mehr Awareness innerhalb der bestehenden Attac-Zusammenhänge, als auch mehr Gruppen von Junges Attac mit guten Vernetzungsmöglichkeiten.

Neben dem Aufbau weiterer Gruppen von Junges Attac setzt du dich als Teil des Moderationsteams des so genannten Erneuerungsprojekts auch dafür ein, dass bestehende Attac-Strukturen sich positiv weiterentwickeln. Was hat es mit diesem Projekt auf sich?

Das Projekt wurde vom bundesweiten Koordinierungskreis von Attac im Juli unter dem Titel »Globalisierungskritik neu denken – Attac zukunftsfähig machen« angestoßen.

Ziel ist, die Rolle von Attac und das politische Profil in Hinblick auf die Veränderungen der vergangenen zwanzig Jahre selbstkritisch zu reflektieren. Viele Grundsatzpapiere wie das sogenannte Attac-Selbstverständnis oder die Attac-Erklärung sind ja fast so alt wie Attac Deutschland selbst. In den vergangenen Jahren haben sich auch attac-intern neue Themen etabliert, gleichzeitig sind andere Themen nicht mehr so im Vordergrund oder anders relevant, als sie damals waren. Dazu soll die zivilgesellschaftliche Rolle überdacht werden und Raum für neue, junge und aktive Menschen geschaffen werden. Diese Herausforderungen für Attac sollen mit dem Projekt angegangen werden.

Inhaltlich steht dabei im Vordergrund: Welche Punkte aus den Grundsatzpapieren sind noch aktuell, welche könnten ergänzt oder überarbeitet werden, was fehlt? Gerade in den Bereichen Klimagerechtigkeit, Feminismus oder Migration gibt es zum Beispiel vieles, das noch nicht angemessen vorkommt. Dazu hat sich eine Moderationsgruppe gebildet, die vom Attac-Rat, einem Gremium auf Bundesebene, bestätigt wurde. Ihre Aufgabe ist es, den Diskussionsprozess innerhalb von Attac zu allen Aspekten der Erneuerung zu organisieren, um möglichst vielen »Attacies« die Möglichkeit zu geben, sich einzubringen. Damit haben wir auf dem vergangenen Ratschlag auch schon angefangen: In partizipativen Formaten haben wir Stimmen, Meinungen und neue Vorschläge gesammelt, die wir im nächsten Schritt zusammenführen. Außerdem arbeiten wir an Ideen, wie wir möglichst viele Bereiche aus Attac in diesen Prozess mit einbeziehen können.

Was erhoffst du dir für Attac von diesem Projekt und für die Zukunft?

Ich wünsche mir, dass Attac-Aktive weiterhin offen bleiben für neue Diskussionen, für neue Themen, für neue progressive Stimmen. Wir sollten als Attac dafür einen guten Rahmen schaffen, der ermutigt, sich zu engagieren und gemeinsam Veränderungen zu erreichen. Ich halte das für sehr wichtig, damit auch neue aktive Menschen dazukommen. Gleichzeitig sollte Attac an seiner basisdemokratischen Ausrichtung festhalten – denn wie in Attac möglichst viele verschiedene Stimmen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, ist richtig gut. Attac hat so viel Potenzial. Wenn wir zugänglicher für neue Menschen werden, kann noch viel gehen!

Neu im Webshop

Car is over – Autokonzerne entmachten

Mit Fahrradwimpeln für eine Mobilitätswende

Diese Wimpel lassen sich ganz einfach mit einer Bambusstange und Klebeband oder Kabelbindern am Fahrrad befestigen. So lässt sich unterwegs, über Land und auch im Stadtverkehr Haltung zeigen für eine Mobilitätswende! Die Wimpel mit den Slogans »Car is over« und »Autokonzerne entmachten!« sind 80 auf 50 Zentimeter groß und kosten je 3,50 Euro. Beide Motive sind gegen Versandkosten auch als A2-Plakat erhältlich!



Faltblatt »Plastikzeit«

Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs ist die Plastikproduktion explodiert und beläuft sich derzeit auf weltweit 359 Millionen Tonnen pro Jahr. Davon gelangt ungefähr ein Drittel unkontrolliert in die Umwelt. Schätzungen gehen davon aus, dass die bisher produzierte Menge Plastik ausreicht, um den gesamten Erdball mehr als sechs Mal mit Plastikfolie einzuwickeln. Das ist katastrophal für Mensch und Natur. Wie wir einen Weg aus dieser Plastikzeit finden könnten, skizziert die Attac-AG Energie, Klima und Umwelt (EKU-AG) in ihrem aktuellen Faltblatt. Es kann gegen Versandkosten im Shop bestellt werden.



Bestellungen online unter attac.de/shop,
telefonisch unter 069-900 281-10 oder
per Fax an 069-900 281-99.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung:
datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion: Judith Amler,

Jule Axmann, Frauke Distelrath,

Stephanie Handtmann, Achim Heier,

Albrecht Stöffler

Vi.S.d.P.: Stephanie Handtmann

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.

Tel. 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Nur eine starke Bewegung bewegt!

Die Ankündigung der künftigen Ampelkoalition, grundsätzlich auf Steuererhöhungen verzichten zu wollen, stimmt mit Blick auf soziale Gerechtigkeit nicht hoffnungsvoll. Das reichste Prozent der Menschen in Deutschland hat seinen Reichtum unter anderem dadurch erhalten und gemehrt, dass es nicht angemessen zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Kosten herangezogen wurde und wird. Im Gegenteil stehen ihm zahlreiche Möglichkeiten offen, sich einer Besteuerung zu entziehen – durch Cum-Ex-Geschäfte, durch Steueroasen oder andere Steuertricks. Gleichzeitig werden weder große Vermögen noch hohe Erbschaften angemessen besteuert, und das zu einem Zeitpunkt, zu dem sowohl durch die Coronakrise als auch für den dringend notwendigen sozial-ökolo-

gischen Umbau hohe Kosten gedeckt werden müssen. Gerade jetzt pauschal auf Steuererhöhungen verzichten zu wollen, legt nahe, dass wir auch jetzt nach der Bundtagswahl nicht mit den Veränderungen rechnen können, die es so dringend braucht – für eine soziale und ökologische Gesellschaft. Der politische Druck einer starken außerparlamentarischen Bewegung ist gerade jetzt besonders wichtig, um die Richtung beeinflussen zu können, die die nächste Regierung einschlägt!

Stärke das Engagement von Attac deshalb jetzt mit einer Spende! Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter attac.de/spenden geht das schnell und unkompliziert. **Herzlichen Dank!**



Foto: attac.de

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. 2014 entzog das Finanzamt Attac die Gemeinnützigkeit mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Der Bundesfinanzhof hat diese Sichtweise in seiner Entscheidung vom Februar 2019 aufgegriffen und unsere Klage an die erste Instanz, die unsere Gemeinnützigkeit bestätigt hatte, zurückverwiesen. In der Verhandlung im Februar 2020 unterlag Attac; eine Revision wurde vom BFH im Januar 2021 abgelehnt. Wir haben Verfassungsbeschwerden eingereicht. Leider können wir keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max. 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF2104

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE